

**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 54 (1975)  
**Heft:** 7-8

**Artikel:** Was lehrt uns das erste britische Referendum?  
**Autor:** Brügel, J.W.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-339036>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 01.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# **Aus der internationalen sozialistischen Bewegung**

## **Was lehrt uns das erste britische Referendum?**

Soviel auch über das erste britische Referendum, über den Versuch, im Wege einer Volksabstimmung ein innerstaatlich und völkerrechtlich längst abgeschlossenes Problem neu zu lösen, in den Tageszeitungen berichtet worden ist, scheint es doch angezeigt, die in Grossbritannien gewonnenen Erfahrungen einer Analyse vom Standpunkt der sozialistischen Ideologie und Taktik zu unterwerfen, aus der auch ausserhalb der britischen Insel Nutzanwendungen gezogen werden können. Grossbritannien, ein Land ohne geschriebene Verfassung, ist bisher von der Theorie ausgegangen, dass das gewählte Unterhaus den Volkswillen verkörpert, dass es eine höhere Instanz als das Unterhaus nicht gibt und dass daher ein Appell gegen das Unterhaus an das Volk nicht in Frage kommen kann. Diesen Standpunkt hat Harold Wilson als Premierminister von 1964 bis 1970 und als Oppositionsführer bis 1972 vertreten. Noch im Oktober 1971, als die Labour Party vor der Aufgabe stand, ihre Haltung zum Ergebnis der Verhandlungen festzulegen, die die damalige konservative Regierung wegen Eintritts Grossbritanniens in die Europäische Gemeinschaft (EG) geführt hatte, hat der Parteitag einen Antrag, dem Lande die Lösung der Streitfrage durch Referendum vorzuschlagen, verworfen. Was hat zur Aenderung dieser Haltung geführt und inwiefern geben die mit dem ersten britischen Referendum gemachten Erfahrungen einen Hinweis darauf, ob in einer parlamentarischen Demokratie eine Volksabstimmung ein brauchbares Mittel zur Entscheidung verwickelter Streitfragen ist?

Harold Laski, der in den Jahren von 1920 bis zu seinem Tod 1950 der führende Theoretiker des britischen Sozialismus war, hat gegen die Institution des Referendums eingewendet, es sei fortschrittshemmend, weil sich bei einem Versuch, eine Reform auf dem Wege einer Volksabstimmung zu verwirklichen, den dieser Neuerung feindlichen konservativen Kräften sich jene anzuschliessen pflegen, die jede Gelegenheit benützen, gegen die bestehende Regierung zu stimmen. Ob nun Harold Wilson bei seiner Entscheidung für ein Referendum den seinerzeitigen Standpunkt Harold Laskis in Betracht gezogen hat oder nicht, ist er doch ein viel zu gewiefter Taktiker, als dass er sich zugunsten einer Volksabstimmung entschlossen hätte, deren Zweck es für ihn gewesen wäre, einen bestehenden Zustand zu ändern. Er hat sich mit dem Gedanken erst angefreundet, nachdem durch die vorangegangene Entscheidung des Unterhauses der britische Beitritt zur EG zur Gewissheit geworden war, und er hat durch die Formulierung der dem Volk vorgelegten Frage, ob das Land nämlich in der EG verbleiben soll oder nicht, die Aussichten für einen im Sinne seiner Ja-Empfehlung liegenden Ausgang verbessert.

## **Auf verschlungenen Pfaden zum gewünschten Ziel**

1963 hat ein Veto de Gaulles den Bemühungen der seinerzeitigen Londoner konservativen Regierung um Aufnahme in die Europäischen Gemeinschaften (bis zu ihrer Vereinigung vor 3 Jahren zur EG bestanden drei, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, gewöhnlich Gemeinsamer Markt genannt, die Kohle- und Stahl-Gemeinschaft und EURATOM) ein Ende bereitet. Als Wilson in seiner Eigenschaft als Premierminister 1967 den zweiten Vorstoss nach dieser Richtung machte, war er durch einen einstimmigen Beschluss der Regierung gedeckt, hatte also auch die Zustimmung einiger damaliger und jetziger Minister, die ihm nun (1975) öffentlich Opposition machten. Ihre Einstellung zu dem Problem war damals die gleiche wie jetzt, aber sie glaubten wahrscheinlich 1969, es bestehe kein genügender Anlass zu einem aktiven Protest auch innerhalb der Regierung, weil sie sich sicher waren, dass de Gaulle wieder ein Veto einlegen würde, was dann auch tatsächlich geschehen ist. Infolgedessen konnte Wilson 1967 auch vom Parteitag gegen eine nicht allzu heftig auftretende Opposition die Billigung seiner Politik erhalten. Wäre Wilson durch die Wahlen 1970 im Amt bestätigt worden und hätte die von ihm nach dem Ausscheiden de Gaulles wieder aufgenommenen Verhandlungen zu Ende führen können, hätte er wohl mit einer viel schärferen innerparteilichen Opposition rechnen müssen, die teils aus isolationistischen, teils aus vermeintlich sozialistischen Erwägungen sowie teils aus einer Mischung dieser beiden Komponenten hervorgegangen ist. Sie richtete dann ihre ganze Vehemenz gegen die konservative Regierung Heath, die die Beitrittsverhandlungen zu Ende führte. Aber so sehr eine Oppositionspartei danach streben muss, der bestehenden Regierung Schwierigkeiten zu machen, war die Aufgabe für Wilson als Oppositionsführer in diesem Fall ausserordentlich kompliziert, weil er mit einer grundsätzlichen Ablehnung jeder Bindung an die EG seine eigene und von der Partei vorher voll gedeckte Politik hätte mitverdammten müssen. Er griff also zu dem Kompromiss, dass er die einzelnen Abgeordneten, die grundsätzliche Gegner des Anschlusses waren, ihre Meinung sagen liess, aber als Parteiführer nur deshalb die Nein-Parole ausgab, weil die von der Regierung Heath ausgehandelten Beitrittsbedingungen schlecht und für Grossbritannien «erniedrigend» seien. Die Theorie, dass eine 1970 im Amt bestätigte Regierung Wilson die gleichen Bedingungen als vortrefflich dem Unterhaus zur Annahme empfohlen hätte, lässt sich weder beweisen noch widerlegen. Im weiteren Verlaufe der Begebenheiten war Wilson zu immer schärferen anti-europäischklingenden Kompromissen gezwungen, weil er eine Sache um nahezu jeden Preis verhindern wollte und auch verhindert hat, nämlich einen grundsätzlichen Beschluss des Parteitags gegen jeden Anschluss an die EG unter welchen Bedingungen immer.

Dort, wo Wilson keinen direkten Einfluss nehmen kann, am alljährlichen Kongress des Gewerkschaftsbundes, wurden allerdings zweimal Anträge

angenommen, die jeden britischen Anschluss an die EG bedingungslos verwerfen. Zugleich wurde aber auch Anträgen zugestimmt, die bessere Beitrittsbedingungen verlangten. Dass vom gleichen Kongress einander widersprechende Beschlüsse gefasst werden können, ist eine Folge des Umstandes, dass die einzelnen Gewerkschaften vielfach mit gebundener Marschroute auf den Kongress gehen und diese bei einzelnen in der Europafrage einfach gelautet hat, für jeden anti-europäischen Antrag zu stimmen. Die Folge ist allerdings, dass solche Beschlüsse dann nicht allzu ernst genommen werden.

Eine der Zusagen, die sich Wilson abpressen liess, war das Versprechen, dass auch im Falle einer ordentlichen parlamentarischen Verabschiedung des britischen Beitritts Labour dem Volk Gelegenheit geben werde, sich zur Europafrage zu äussern. Dieses Versprechen hat zweifellos der Labour Party bei den Wahlen am 28. Februar 1974 einen Zuwachs an Stimmen von Leuten gebracht, denen es sonst nie im Schlafe eingefallen wäre, für einen sozialistischen Kandidaten zu stimmen. Eine Labourregierung werde die Beitrittsbedingungen «neu verhandeln», versprach Wilson, und der Parteitag legte für diese «Renegotiations» unabdingbare Bedingungen nieder, auf die die Vertragspartner nie eingehen konnten, weil sie eine völlige Negierung der Grundlagen der Zusammenarbeit in der EG beinhaltet hätten. Da es jedermann klar sein musste, dass acht andere Staaten nicht bloss deshalb, weil in Grossbritannien ein Regierungswechsel eingetreten war, eine Reihe mühevoll zustandegekommener internationaler Verträge von Grund auf ändern würden, hätte jeder andere die Partie aufgegeben.

Nicht aber Harold Wilson. Wieder an die Regierung gelangt, legte er der EG und deren Mitgliedsstaaten ein Forderungsprogramm vor, das so geschickt formuliert war, dass es ohne jede Vertragsveränderung verwirklicht werden konnte. Was sich nachher in Brüssel abspielte und was tatsächlich zu einer gewissen, wenn auch nicht grundlegenden Verbesserung der britischen Position in der EG führte, waren vollkommen normale Verhandlungen, die dort laufend mit allen Mitgliedsstaaten vorsichgehen. Aber Wilson war in der Lage, das günstige Ergebnis von «Neuverhandlungen» nach Hause zu bringen und sie sowohl dem mit grosser Mehrheit zustimmenden Unterhaus als auch dem Volke zur Annahme zu empfehlen.

### **... um den Preis eines offenen Konfliktes**

Die Labourregierung schloss sich dem Standpunkt von Wilson an, aber entgegen den sonstigen Gepflogenheiten musste öffentlich zugegeben werden, dass es sich um einen mit 18 gegen 7 Stimmen erzielten Mehrheitsbeschluss handelte. Nach dem Prinzip der kollektiven Verantwortung der Kabinettsmitglieder sind auch jene von ihnen, die einem bestimmten Beschluss nicht zugestimmt hatten (was natürlich öfters vorkommt), durch ihn gebunden und dürfen sich öffentlich nicht von ihm distanzieren, ge-

schweige denn gegen ihn auftreten. Hier war Wilson gezwungen, eine Ausnahme zuzugestehen: die Minister (darunter vier Mitglieder des Parteivorstands), die ihre grundsätzliche Gegnerschaft gegen eine Bindung an die EG hinter der Formel verbargen, die «Neuverhandlung» hätte nicht zu dem gewünschten Ziel geführt und ihr Ergebnis wäre daher abzulehnen, dürften öffentlich, wenn auch nicht im Parlament, für ihren Standpunkt agitieren. Der zur Behandlung des Problems einberufene eintägige Sonderparteitag der Labour Party legte sich mit einer Mehrheit von 2:1 auf die Ablehnungsparole fest, ein Ergebnis, das aber nur durch die Blockstimmen einiger grosser Gewerkschaften erzielt werden konnte und von dem sich zeigte, dass es dem Standpunkt vieler Partei- und Gewerkschaftsmitglieder überhaupt nicht entsprach. Es ist bezeichnend, dass im Verlaufe der späteren Auseinandersetzungen die Entscheidung dieses Sonderparteitags keinerlei weitere Erwähnung fand und dass die meisten lokalen Organisationen ihn einfach ignorierten.

Was nun folgte, waren vom Standpunkt des Landes und der Partei Vorgänge von einer solcher Groteskheit, dass sie nur eine so gefestigte Demokratie wie die britische ohne dauernden Schaden überwinden kann. In einer Zeit der ärgsten Inflation, die die britische Insel je gekannt hatte und die nach wirtschaftspolitischen Eingriffen der Regierung rief, in einer Zeit der heftigsten Auseinandersetzungen über lohnpolitische Forderungen der Gewerkschaften und der Drohung eines Eisenbahnerstreiks am Horizont, gab es in London überhaupt keine Regierungstätigkeit mehr, sondern nur gegenseitige Beschuldigungen von Ministern der gleichen Partei, das Land durch ihre Erklärungen irregeführt zu haben. Es war eine Kampagne ohne Vorbild, von der man nur hoffen kann, dass sie ein einmaliges und möglichst rasch vergessenes Intermezzo bleibt. Natürlich gibt es auch ernst zunehmende Argumente über die Schwierigkeit des Zusammenkoppelns eines Landes wie Grossbritannien mit Staaten auf dem europäischen Festland. Natürlich könnten auch international gesinnte Sozialisten darüber eine seriöse Debatte führen, ob und inwieweit die Zusammenarbeit in der EG, auch wenn ihr alle sozialdemokratischen Parteien des Kontinents zustimmen, den sozialistischen Vorstellungen entspricht. Aber nichts derartiges wurde von den Anti-Europäern in der Kampagne ins Treffen geführt, und man hat sich in den Reihen der sozialistischen Europagegner mit einem so schrill als nur möglich formulierten Appell an egoistische, insulare und hinterwäldlerische Instinkte begnügt. Das zentrale Argument der für den Austritt aus der EG kämpfenden britischen Sozialisten war «Die Mitgliedschaft schadet uns». Nun kann man von keinem Volk der Welt erwarten, dass es sich aus rein altruistischen Gründen für eine Politik entscheidet, die dem eigenen Lande schädlich ist, und die sozialistischen Pro-Europäer haben unter dem Handicap gelitten, dass eine kaum mehr als zwei Jahre bestehende britische Mitgliedschaft in der EG keine weithin sichtbaren und fühlbaren Erfolge hatte bringen können. Aber

das Beschämende war das Fehlen oder die bewusste Unterdrückung jedes ideologischen Gesichtspunktes auf der Seite der sozialistischen Vorkämpfer eines Austritts im Gegensatz zu der idealistischen Vision einer internationalen Zusammenarbeit, von der sich die Argumente der führenden sozialistischen Pro-Europäer Roy Jenkins (Innenminister) und Shirley Williams (Minister für Konsumentenschutz) leiten liessen. Anthony Wedgwood-Benn (bis 1971 ein Anhänger des Anschlusses an die EG und 1975 sein beredster Gegner) beantwortete eine Frage, wieso EG-Mitgliedschaft etwas vom sozialistischen Standpunkt so Verwerfliches sein solle, wenn alle sozialdemokratischen Parteien und freien Gewerkschaften des Festlandes sie unterstützen, bezeichnenderweise mit folgenden Worten: «Die Deutschen wollen uns drin haben, damit sie nicht allein die Franzosen finanzieren müssen, die Franzosen wollen uns drin haben, damit wir ihre Landwirtschaft mitfinanzieren, die Italiener wollen unsere Mitgliedschaft, damit wir ihnen helfen, deren Last zu tragen.» Abgesehen davon, dass der sachliche Inhalt dieser Antwort, soweit man von einem sprechen kann, keiner ernsten Ueberprüfung standhält (kein Land hat von der «Last» der EG-Mitgliedschaft so profitiert wie Italien), erkennt diese Antwort einen spezifisch sozialistischen Standpunkt gar nicht an und scheint die blosse Möglichkeit auszuschliessen, dass irgend jemand aus sozialistischen Motiven Vorkämpfer einer internationalen Zusammenarbeit sehen könnte. In einer Versammlung in einer Industriestadt sagte Benn seinen Hörern, dass der britische Sozialismus sich nicht etwa aus «deutschen Büchern» herleite, sondern aus dem Alten Testament und dem England des 17. Jahrhunderts stamme – womit wohl ausgedrückt werden sollte, dass es sich dabei um etwas Höherwertiges handle.

### **Revolutionäre, die sich gegen jede Änderung sträuben**

Wie – um einen anderen Ausdruck zu vermeiden – weltfremd die Argumente der Beitragsgegner waren, geht aus einer Stelle der grundsätzlichen und an alle Haushalte verteilten Erklärung ihrer Dachorganisation hervor, für deren Inhalt die ihr angeschlossenen Sozialisten mitverantwortlich sind. Dort wird zur Frage der Errichtung eines gewählten Europäischen Parlaments wörtlich angeführt:

«Das mag einigen kontinentalen Ländern annehmbar erscheinen. In der jüngsten Vergangenheit wurden sie von Diktatoren regiert oder waren besiegt oder besetzt. Sie sind eher daran gewöhnt, ihre politischen Institutionen aufzugeben, als wir es sind.»

«Anders . . . als sonst in Menschenköpfen, malt sich in diesem Kopf die Welt», ist man versucht auszurufen, wenn man sich vergegenwärtigt, dass diese erstaunlichen Behauptungen wenige Tage nach den Wahlen in Portugal geschrieben worden sind, die nach einer 48jährigen Diktatur eine klare Mehrheit für demokratische und sozialistische, die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft anstrebende Parteien ergeben haben.

Welch seltsamer Widerspruch liegt in der Tatsache, dass Sozialisten, die angeblich darauf ausgehen, eine ganz neue Welt aufzubauen, sich mit Ingrimm gegen die kleinste Veränderung sperren, die einen Bruch mit einer geheiligten Tradition beinhalten könnte.

## **2 + 2 = 5?**

Bildlich ausgedrückt war die Agitation für einen Austritt aus der EG ein Versuch, dem Land einzureden, dass zwei und zwei fünf sind. Das hat ihre Gegner dazu gezwungen, viel Energie an einen Beweis zu vergeuden, dass unter allen Umständen und allen Regimen zwei und zwei vier sind. Die Sache wurde nur dadurch erschwert, dass nachweisbar unrichtige Behauptungen von scheinbar durch die Autorität ihres Amtes gedeckten sozialistischen Ministern gegen andere sozialistische Minister vorgebracht worden sind. Eines Tages verkündete der Industrieminister (Wedgwood Benn), der Artikel 58 des Vertrages über die Kohle- und Stahlgemeinschaft gebe der Europäischen Kommission in Brüssel das Recht, Grossbritannien, das sich dagegen nicht wehren könnte, eine Verminderung der Stahlproduktion und damit eine Entlassung von Arbeitern aufzuzwingen. Dem folgte eine Erklärung des Aussenministers (James Callaghan), dass weder der zitierte noch ein anderer Artikel dieses oder eines anderen Vertrages irgend jemandem solche Rechte gebe. Natürlich kann man nicht annehmen, dass 40 Millionen Abstimmungsberechtigte, von denen die wenigsten je einen internationalen Vertrag gesehen haben, sich nun auf diesen aus dem Jahre 1951 stammenden Vertrag stürzen würden, um herauszubekommen, wer die Sache richtig interpretiert. Sie werden sich danach entscheiden, welchen der beiden sozialistischen Minister und Mitglieder des Parteivorstands sie mehr vertrauen, aber sind solche Vergleiche zwischen führenden Funktionären anstelle sachlicher Erwägungen einer Partei zuträglich? Benn hat seine Geschichte von Artikel 58 nicht wieder erzählt, aber dafür die viel gefährlichere Behauptung aufgetischt, die Mitgliedschaft seines Landes im Gemeinsamen Markt habe dieses bisher schon 500 000 Arbeitsplätze gekostet und noch viel mehr Leute würden arbeitslos werden, falls Grossbritannien sich von der «Umklammerung» durch die bösen Festländer nicht befreit. Wilson, Callaghan, Roy Jenkins und der Schatzkanzler Denis Healey haben darauf mit der Feststellung reagiert, dass es sich hier um pure Phantasiezahlen und um das handelt, was man, populär ausgedrückt, «Hausnummern» nennt, und dass die EG-Mitgliedschaft niemanden der Arbeit beraubt, aber neue Arbeitsplätze geschaffen habe. Doch auch wenn dem nicht so gewesen wäre, ist das Einwerfen eines in einem Land mit 900 000 Arbeitslosen explosiv wirkenden Arguments in die Debatte zur Erzielung einer Niederlage des eigenen Parteiführers ein Akt der Verantwortungslosigkeit, der nur infolge der phlegmatischen Veranlagung der britischen Wählerschaft wirkungslos verpufft ist.

So bedrückend es für einen international denkenden Sozialisten ist, die Mehrzahl der britischen Konservativen als Vorkämpfer und die (allerdings nur formale) Mehrheit der Sonderkonferenz der Labour Party als Gegner der internationalen Zusammenarbeit zu sehen, wäre es doch verfehlt, sich nur von dem lauten Geschrei beeindrucken zu lassen, das sich die Szene zu beherrschen bestrebt, und die Stimme eines schottischen Labour-Abgeordneten zu überhören, der seinen Landsleuten predigte, Wohl und Wehe eines sizilianischen Landarbeiters sei für einen Sozialisten ein ebenso wichtiges Anliegen wie Wohl und Wehe eines schottischen. Um so trauriger freilich unter diesen Umständen das eifrige Bemühen führender sozialistischer Funktionäre, solche Gedanken gar nicht aufkommen zu lassen und sich dafür im Erfinden von Schauergeschichten zu überbieten, dass die EG nichts anderes als ein Komplott sei, das den ihr wehrlos ausgelieferten Briten die Lebensmittel verteuern, die Beschäftigungsmöglichkeiten nehmen und die Selbständigkeit durch Reduzierung des Landes auf eine blosse Provinz eines europäischen Superstaates rauben wolle. Dabei war die ganze Propaganda der sozialistischen Beitrittsgegner eine einzige Kette von inneren Widersprüchen. Sie gaben vor, die – von niemandem in Brüssel oder anderswo bedrohte – Souveränität des britischen Parlaments schützen zu wollen, aber sie versuchten das mit Hilfe eines Referendums, das diese Souveränität in Zweifel zieht. Sie sagten der Vollmitgliedschaft des Landes in der EG nach, sie schaffe die britische Souveränität ab, weil sie EG-Massnahmen gegen «Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs» zulasse, weshalb man die Vollmitgliedschaft aufgeben und nach dem Muster der Schweiz Freihandelsabkommen mit der EG schliessen solle. Aber sie wussten keine Antwort auf den Hinweis, dass der EG-Vertrag mit der Schweiz genau die gleichen Bestimmungen über Wettbewerb enthalte, mit dem kleinen Unterschied, dass assoziierte Staaten nicht die Rechte der Einflussnahme eines Vollmitglieds auf EG-Entscheidungen haben.

### **Das Gespenst der «bolschewistischen Gefahr»**

Natürlich wurde auch diesmal die «bolschewistische Gefahr» an die Wand gemalt. Die konservativen Europagegner erzählten, eine «sozialistisch-kommunistische Mehrheit» (!) in einem künftigen Europäischen Parlament könnte eine konservative Regierung in London zwingen, sozialistische Massnahmen durchzuführen. In einem Rundfunkprogramm, in dem er gemeinsam mit dem Arbeitsminister Michael Foot, dem Abgott einer gewissen «Labor-Linken», versuchte, den Briten das Gruseln vor der EG beizubringen, sprach der ultrakonservative Europagegner Enoch Powell davon, dass Italien, ein EG-Staat, am Rande einer kommunistischen Machtübernahme stehe, und die 9, beziehungsweise 5 Millionen kommunistischer Wähler in Italien und Frankreich wurden einem immer wieder unter die Nase gerieben.

Auf der anderen Seite versuchten konservative Pro-Europäer die EG wieder als einen Schutzwall gegen «sozialistische Experimente» hinzustellen. So unsinnig das auch war, hat ihnen die Agitation gewisser anti-europäischer Sozialisten, die sich deshalb für «Linke» halten, weil sie kommunistische Diktaturen weit nachsichtiger beurteilen als faschistische, dafür die Munition portofrei ins Haus geliefert. Die sogenannte «Tribune-Gruppe» (um Michael Foot usw.), die sich als Gralshüterin des sozialistischen Gedankens zu fühlen vorgibt, hat die These verkündet, die EG sei ein Hindernis zur Verwirklichung des «Vollblutsozialismus», der ihr für Grossbritannien vorschwebt (andere Länder existieren für sie nicht). Wenn das einer von Helmut Schmidt, François Mitterand und Pietro Nenni getragenen Institution nachgesagt wird, muss das den Verdacht nähren, dass man sich vor einem gegen die europäische Sozialdemokratie ausgefochtenen «Vollblutsozialismus» eher schützen sollte.

### **Keine Auseinandersetzung zwischen «Rechts» und «Links»**

Darum war es gerade vom Standpunkt der «Tribune-Gruppe» ein taktischer Fehler, die Europafrage in die Form einer Auseinandersetzung zwischen Rechts und Links pressen zu wollen, in die sie sich nicht einfügt. (Es sei denn, sie hätte von vornherein mit einer Niederlage gerechnet und nur die Gelegenheit zu ein wenig ideologischem Feuerwerk verwenden wollen.) Es hat Gegner wie Anhänger der EG-Mitgliedschaft rechts, links und in der Mitte der Partei gegeben (wenngleich verhältnismässig weniger Anhänger auf der Linken). Die oft hysterische Art, in der manche das Verlangen nach «Vollblutsozialismus» mit Verwünschungen der angeblichen «gesichtslosen Bürokraten in Brüssel» verknüpften, hat im Endeffekt die Zahl der Ja-Stimmen erhöht.

### **Nicht alles erinnerte an Krähwinkel**

Wenn man sich in Rundfunk und Fernsehen an 40 Millionen Abstimmungsberechtigte wendet, ist eine gewisse Trivialisierung des Arguments vielleicht unvermeidlich. Wir erleben sie ja auch bei normalen Wahlgängen, aber dort ist es bloss eine Begleiterscheinung eines Machtkampfes zwischen verschiedenen Richtungen, während sie hier in Ermangelung von Parteien und Kandidaten für Aemter im Mittelpunkt standen. Mag man sich beim Verfolgen der Propaganda der Beitrittsgegner auch manchmal aus einer Millionenstadt nach Krähwinkel, Clochemerle oder Schilda versetzt gefühlt haben, dann sind doch auch wieder positive Eindrücke zu verzeichnen. Es war imponierend, mit welcher Ruhe und Ordnung – im Gegensatz zum aufgeregten Gehabt einiger Politiker – und in welcher Gleichmässigkeit von 55 bis 70 Prozent Ja-Stimmen das Volk die Entscheidung vollzog, nach der es nicht gerufen hatte. Es war grossartig, wie eine aus dem Boden gestampfte Abstimmungsmaschinerie funktionierte. Es war ein grosses Erlebnis, mit wachsender Bewunderung die taktische

Ueberlegenheit von Harold Wilson in allen Stadien, vor der Kampagne, während des hin und her wogenden Kampfes und im Unterhaus nach dem durchschlagenden Erfolg seiner Parole beobachten zu können. Während der Kampagne war es ein seltener Genuss für intellektuelle Feinschmecker, einige sich auf höchstem Niveau vollziehende Diskussionen zwischen Ja-Sagern und Nein-Sagern – etwa zwischen Roy Jenkins und Anthony Wedgwood Benn, die zeigte, dass letzterer keineswegs nur auf billige Demagogie ausgeht – auf sich wirken lassen zu können. Aber auf die einfachen Menschen hat das vielfach verwirrend gewirkt. «Wenn sich Minister der gleichen Partei nicht einigen können, wie kann ich dann ein Urteil fällen?» war eine weitverbreitete Reaktion. Wenn der eine in den Himmel hebt, was dem anderen als die Ausgeburt der Hölle erscheint, sagt sich der Durchschnittsmensch: «Mir wird von alledem so dumm, als ging' mir ein Mühlrad im Kopf herum.» Ein grosser Prozentsatz der Labouranhänger und Gewerkschaftsmitglieder muss mit «Ja» gestimmt haben, aber in den traditionell von Labour beherrschten Gegenden sind verhältnismässig mehr Menschen den Urnen ferngeblieben als anderswo.

### **Eine vermiedene Verfassungskrise**

Die eindrucksvolle Ja-Mehrheit im Abstimmungsergebnis, gleichzeitig eine Absage an separatistische Tendenzen in Schottland und Wales, bedeutet nicht, dass aus den nüchternen Briten über Nacht begeisterte Europäer geworden sind: dieses Ergebnis kam nur durch ein Zusammenwirken des von Roy Jenkins und Shirley Williams propagierten internationalistischen Denkens mit den von Harold Wilson und James Callaghan vorgetragenen Vernunftargumenten zustande. (Diese Feststellung soll den positiven Anteil der Pro-Europäer aus dem nichtsozialistischen Lager nicht verkleinern, aber der eigentliche Kampf spielte sich innerhalb der Labourbewegung ab.) Es war ein Sieg des gesunden Menschenverstandes über Versuche, jemandem zum Abspringen aus einem fahrenden Zug zuzureden.

Kann man aus dem Ausgang des ersten britischen Referendums (dessen weltpolitische Bedeutung eine solche Analyse vielleicht auch vor einer Leserschaft in einem Land rechtfertigt, in dem Referenden fast allsonntägliche Ereignisse sind) den Schluss ableiten, man möge Volksabstimmungen zur Regel machen, wo das bisher nicht der Fall war? Wer das befürwortet, übersieht, dass nur das Ausmass der Ja-Mehrheit und der Einklang von Unterhaus und Volksstimmung (beide sind im Verhältnis 2:1 für ein Verbleiben in der EG) das Land vor einer schweren Verfassungskrise bewahrt hat. Unter den gegebenen Umständen ist kein weiterer Parlamentsbeschluss notwendig. Aber vom Standpunkt des britischen Verfassungslebens hatte das Referendum für das Unterhaus keinen verbindlichen Charakter. Wäre eine Mehrheit des Volkes für den Austritt gewesen und hätte das

Unterhaus, wozu es formal das volle Recht hat, diesen Beschluss ignoriert, hätte das Folgen gehabt, die selbst die Grundlagen der vielleicht konsolidertesten Demokratie der Welt zu erschüttern geeignet gewesen wären. Sei dem wie immer, Harold Wilson wird in der unmittelbaren Zukunft alle Hände voll zu tun haben, Versuche abzuwehren, andere Streitfragen auch im Wege von Referenden zu lösen, und alle jene, die in den vergangenen Wochen nach «Vollblutsozialismus» gerufen haben und dabei Wilson, der diesen «verraten» haben soll, nicht auf den Namen gekommen sind, werden ihm begeistert sekundieren, wenn er konservativen Vorschlägen, die Nationalisierungspläne seiner Regierung dem Volk zur Abstimmung vorzulegen, ein Nein entgegenhält.

Wenn man irgendeine Lehre aus dem britischen Referendum ziehen kann, ist es die, dass durch die Blockstimmen einiger grosser Gewerkschaften herbeigeführte Beschlüsse von Parteitag und Gewerkschaftskongressen nicht das Fühlen und Denken der Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaft zum Ausdruck bringen. Ob sie es will oder nicht, wird die grösste und wichtigste demokratisch-sozialistische Partei der Welt daraus früher oder später ihre Folgerungen ziehen müssen.

*Dr. J. W. Brügel*